

Konzernsteuerrecht National International

This is likewise one of the factors by obtaining the soft documents of this **Konzernsteuerrecht National International** by online. You might not require more grow old to spend to go to the book commencement as with ease as search for them. In some cases, you likewise do not discover the statement Konzernsteuerrecht National International that you are looking for. It will definitely squander the time.

However below, later you visit this web page, it will be thus definitely easy to get as capably as download guide Konzernsteuerrecht National International

It will not receive many era as we notify before. You can pull off it even though feint something else at home and even in your workplace. so easy! So, are you question? Just exercise just what we come up with the money for under as well as evaluation **Konzernsteuerrecht National International** what you next to read!

Möglichkeiten der Verlustverrechnung bei Gruppenbesteuerungssystemen unter der Bedingung der wirtschaftlichen Verlusttragung - Katrin Hamacher 2017-02-09

Das deutsche Steuerrecht beschränkt durch die Organschaftsregelungen eine gemeinschaftliche Besteuerung von Unternehmen auf inländische Vertragskonzerne. Für Beteiligungskonzerne bedingt sich hierdurch aufgrund der mangelnden Verlustverrechnung ein wirtschaftlicher Nachteil in Form einer erhöhten Steuerlast der gesamten Unternehmensgruppe. In grenzüberschreitenden Konstellationen verstärken sich diese Umstände, da die deutschen Regelungen eine grenzüberschreitende Gruppenbesteuerung nicht vorsehen. In der Folge werden die tatsächlich vorliegenden, wirtschaftlichen Verknüpfungen zwischen den Gesellschaften steuerlich unzureichend berücksichtigt. Die vorliegende Arbeit analysiert vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Vorgaben die notwendige Ausgestaltung der Verlustverrechnung auf Ebene eines Einzelsteuerpflichtigen, bevor diese Ergebnisse auf grenzüberschreitende Unternehmensgruppen transferiert werden. Das Leistungsfähigkeitsprinzip steht hierbei neben der wirtschaftlichen Verlusttragung im Vordergrund. Aus den hieraus resultierenden Rahmenbedingungen wird eine Bewertung der nationalen Reformansätze der Organschaft sowie des europäischen Modells der GKKB vorgenommen. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die entwickelten Lösungsüberlegungen für die Reform einer Gruppenbesteuerung im deutschen Steuerrecht, um de lege ferenda den verfassungsrechtlichen, europäischen und abkommensrechtlichen Vorgaben an eine Verlustverrechnung entsprechen zu können.

Standardisierung im Konzerncontrolling - Sabrina Graf 2017-04-10

Sabrina Graf beschreibt in ihrem Buch die relevanten Faktoren, die auf die Standardisierung des Konzerncontrollings wirken. Darüber hinaus untersucht sie die Wirkung der Standardisierung als Arbeitsbedingung auf die Zufriedenheit der Konzerncontroller. Die Autorin zeigt, wie Standardisierung im Konzerncontrolling helfen kann, den heutigen Herausforderungen zu entgegnen und zudem die Zufriedenheit der Controller zu steigern. Die Untersuchungsergebnisse weisen darauf hin, wie anhand der relevanten Einflussfaktoren die Standardisierung an die jeweilige Situation eines Unternehmens angepasst werden kann. □

Steuerplanung bei internationaler Forschung und Entwicklung - Karl Broemel 2015-10-14

Der Autor analysiert qualitativ und quantitativ die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit international agierender Konzerne und geht dabei der Frage nach, inwieweit Unternehmen Steuerplanung durch die gezielte Ausgestaltung von F&E betreiben können. Die Untersuchung legt die gegenwärtigen steuerlichen Chancen und Risiken

grenzüberschreitender Auftragsforschung offen und plausibilisiert die Auswirkungen möglicher Entwicklungen des Internationalen Steuerrechts.

Der Einfluss von Ertragsteuern auf die Kapitalstruktur von personenbezogenen Kapitalgesellschaften - Martin Raßhofer 2010

Konzernsteuerrecht - Wolfgang Kessler 2008

Gewinnermittlung und Gewinnabgrenzung bei Betriebsstätten - Sophie Margerie 2016-01-13

Für die Abgrenzung der Einkünfte zwischen einer Betriebsstätte und ihrem Stammhaus im internationalen Einheitsunternehmen wurden 2010 die von der OECD entwickelten Grundsätze des „Authorized OECD Approachs“ bzw. „AOA“ in Art. 7 Abs. 2 des OECD-Musterabkommens übernommen. Danach ist die Selbständigkeit der Betriebsstätte uneingeschränkt zu fingieren und der Fremdvergleichsgrundsatz in Art. 7 Abs. 2 OECD-MA findet als Maßstab für die Gewinnabgrenzung weitgehend analog zu Art. 9 Abs. 1 OECD-MA wie bei verbundenen Kapitalgesellschaften Anwendung. Als Konsequenz der uneingeschränkten Fiktion der Selbständigkeit sind interne Leistungsbeziehungen zwischen den rechtlich unselbständigen Unternehmensteilen als „Dealings“ für die Ergebnisabgrenzung zu berücksichtigen. Daneben stellen „Significant People Functions“, die anstelle von Verträgen für die Zuordnung von Funktionen, Risiken und Vermögenswerten maßgeblich sind, ein weiteres wesentliches Element des AOA dar. Im nationalen Steuerrecht wurde mit dem neu formulierten § 1 Abs. 4–6 AStG bereits eine Rechtsgrundlage für die Anwendung des AOA für die nach dem 31. Dezember 2012 beginnenden Wirtschaftsjahre geschaffen. Diese Arbeit untersucht die Ermittlung und Abgrenzung des Betriebsstättengewinns, wobei insbesondere die Methodik des AOA zur Umsetzung der uneingeschränkten Fiktion der Selbständigkeit der Betriebsstätte auf Abkommensebene und auf nationaler Ebene betrachtet wird. Dabei werden steuersystematische Aspekte, das Verhältnis der nationalen Normen zueinander sowie ihr Verhältnis zum Abkommensrecht gewürdigt. Die Arbeit wurde aus der Praxis der steuerlichen Verrechnungspreisberatung heraus verfasst, so dass nicht nur die steuerwissenschaftliche Abhandlung, sondern auch eine praxisrelevante Analyse mit verschiedenen Beispielen zum Erkenntnisgewinn beiträgt. So richtet sich die Arbeit an die Wissenschaft und auch an die Steuerrechtspraxis.

Die österreichische Gruppenbesteuerung und die deutsche Organschaft: Ein Vergleich - Dominik Halbmeyer 2014-08

Die deutsche Organschaft kann auf eine über einhundertjährige Geschichte zurückblicken. Obwohl sie in dieser Zeit immer wieder verändert wurde, wird sie nach einer weit verbreiteten Meinung den wirtschaftlichen und rechtlichen Erfordernissen des neuen Jahrtausends nicht vollständig gerecht. Insbesondere die europäische Integration erfordert weitere Anpassungen oder sogar eine komplette

Neuregelung. Die österreichische Organschaft wurde am 1.1.2005 durch ein modernes Gruppenbesteuerungssystem abgelöst. Deshalb liegt es nahe, zu untersuchen, inwieweit diese als Vorbild dienen kann. Zu Beginn der Arbeit werden die relevanten Grundlagen der Konzernbesteuerung beschrieben. Anschließend folgt eine Beschreibung der Voraussetzungen und Rechtsfolgen der deutschen Organschaft sowie die Darstellung der österreichischen Gruppenbesteuerung. Des Weiteren werden die Organschaft und die Gruppenbesteuerung verglichen. Durch die Zugehörigkeit Deutschlands zu der Europäischen Gemeinschaft kann eine modernisierte Organschaft nicht ausschließlich an nationalen Interessen ausgerichtet werden. Deshalb darf bei einer Neuregelung der deutschen Organschaftsbesteuerung das Europarecht nicht außer Acht gelassen werden; dessen Anforderungen an die Besteuerung von Unternehmensgruppen thematisiert der nachfolgende Teil. Darauf aufbauend wird beschrieben, wie eine Neuregelung der Organschaft ausgestaltet werden könnte.

Ertragssteuerliche Konsequenzen von M&A Transaktionen bei Personengesellschaften. Eine Betrachtung der Veräußerungsseite - Philipp A. Schulze 2016-03

Bei vielen zehntausend mittelständischen Unternehmen stellt sich in naher Zukunft die Frage der Unternehmensnachfolge. Für viele Personengesellschaften ist eine mögliche Art auch die Veräußerung am seit längerem boomenden Markt für M&A Transaktionen. Hierbei stellen sich auch steuerliche Fragen zur Gestaltung des Verkaufs. Das Ziel des vorliegenden Buches ist die Untersuchung und Bewertung von ertragsteuerlichen Konsequenzen von M&A Transaktionen bei Personengesellschaften. Dabei konzentriert sich die Arbeit primär auf die Veräußerung von Mitunternehmeranteilen durch eine natürliche Person. Zunächst erfolgt eine kurze Einleitung zu den Grundlagen der Besteuerung von Personengesellschaften und eine Einführung zu Mergers & Acquisitions. Im Hauptteil werden die Tatbestandsvoraussetzungen von § 16 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG thematisiert, wobei u. a. die Art der Entgeltzahlung wie auch die Gesamtplanrechtsprechung diskutiert werden. Danach wird die Bestimmung und Besteuerung des Veräußerungsgewinns erklärt. Der Fokus liegt hier auf Steuervergünstigungen wie bspw. dem Freibetrag nach § 16 Abs. 4 EStG, der Fünftel-Regelung nach § 34 Abs. 1 EStG und dem ermäßigten Steuersatz nach § 34 Abs. 3 EStG.

Die steuerliche Berücksichtigung von Verlusten im Ausland - Stephanie Thar 2009-08

Die steuerliche Berücksichtigung ausländischer Verluste ist auf Grund mehrerer Entscheidungen des EuGH und der Reaktion des Gesetzgebers im Jahressteuergesetz 2009 von aktueller Bedeutung. Grenzüberschreitende Aktivitäten der Unternehmen kollidieren immer öfter mit nationalen Steuervorschriften anderer Staaten und besonders die Verlustverrechnung "über die Grenze" ist ein wichtiger Indikator bei der Standortfrage. Dieses Buch gibt einen Überblick über die Berücksichtigung von negativen Einkünften einer ausländischen Tochtergesellschaft, Personengesellschaft und Betriebsstätte. Betrachtet werden sowohl die Kapitalgesellschaft als inländischen Anteilseigner bzw. Stammhaus, als auch die Personengesellschaft und der Einzelunternehmer. Dabei wird die Rechtslage bis 2008 und die durch das Jahressteuergesetz 2009 geänderte Rechtslage dargelegt. Auch wird die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes betrachtet, da einige Gesetzesänderungen durch das Jahressteuergesetz 2009 durch diese beeinflusst wurden. Es wird geprüft, ob Drittstaaten, die durch die Neuregelung des 2a EStG schlechter gestellt sind als EU-Mitgliedstaaten, einen Anspruch auf Besteuerung haben. Offene Fragen die durch den EuGH und den Gesetzgeber nicht beantwortet wurden, werden in diesem Buch erneut beleuchtet. Abschließend werden Gestaltungsmöglichkeiten für eine Nutzung von ausländischen Verlusten in Deutschland nach der neuen

Rechtslage aufgezeigt. Im Rahmen dieser Gestaltungsmöglichkeiten werden Gruppenbesteuerungssysteme anderer EU-Mitgliedstaaten diskutiert und miteinander verglichen. Gerichtet ist dieses Buch gleichermaßen an Studenten und Wissenschaftler, sowie Praktiker in der Steuerberatung.

Europäische Unternehmensbesteuerung im Verhältnis zu Drittstaaten - Sybille Wünsche 2011

Internationale betriebswirtschaftliche Steuerlehre - Wolfram Scheffler 2011-11-10

Besteuerung international tätiger Unternehmen Das Handbuch gibt einen fundierten Überblick über die Besteuerung deutscher Unternehmen mit internationaler Geschäftstätigkeit. Der erste Teil vermittelt die Grundlagen zu: * den betriebswirtschaftlichen Grundfragen (Doppelbesteuerung) * der zwischenstaatlichen Erfolgszuordnung * der Minderbesteuerung (Umsatzsteuer) * den Normen des internationalen Steuerrechts Zusätzlich werden die Zusammenhänge zwischen den steuerrechtlichen Regelungen und den Formen einer grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeit detailliert aufgezeigt. Im zweiten Teil werden ausgewählte Teilbereiche der internationalen Unternehmensbesteuerung vertieft dargestellt: * Empfehlungen zu Rechtsform und Finanzierung einer Auslandsinvestition * die zwischenstaatliche Erfolgszuordnung und Verteilung der betrieblichen Funktionen zwischen dem Inland und Ausland * die Umsatzsteuer bei einem grenzüberschreitenden Leistungsaustausch Das Handbuch richtet sich an Studierende der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Steuerfachleute in der Wirtschaft. Der Autor Professor Dr. Wolfram Scheffler ist Inhaber des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Steuerlehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Tax Risk Management - Anuschka Bakker 2010

In response to a number of large corporate failures, risk management has recently become a major consideration for most organizations. At the same time, taxation has been recognized as an area having its own unique risk profiles. This book provides a practical guide for those working in today's ever-changing corporate environment. It contains an introduction to tax risk management and discussions on the tax control framework that allow corporate tax departments to identify and manage companies' tax-related risks. The book also includes country chapters, which provide practical examples of the development and application of tax control frameworks.

Grundsätze Europäischer Unternehmensbesteuerung - Johannes Kuhr 2013-08-13

Bemühungen zur Harmonisierung der europäischen Unternehmensbesteuerung sind bisher größtenteils fruchtlos geblieben. Problematisch ist insbesondere, dass eine gemeinsame unternehmerische Bemessungsgrundlage bei Auslegungsfrage weder an das nationale Handelsrecht noch an die IFRS anknüpfen kann. Johannes Kuhr leitet ein Prinzipienfundament her, auf dem eine eigenständige steuerliche Gewinnermittlung in Europa fußen kann. Dabei stellt er Grundsätze europäischer Unternehmensbesteuerung (GEUB), wie sie sich de lege lata aus dem Unternehmenssteuerrecht der 28 Mitgliedstaaten induzieren lassen, solchen GEUB de lege ferenda gegenüber, wie sie aus einem von ihm aufgestellten Katalog von Grundanforderungen an die Besteuerung von Unternehmen in Europa zu deduzieren sind.

Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsfunktionen in multinationalen Konzernen - Stefan Stein 2014-05-14

Die Gewährung steuerlicher Innovationsförderungen hat zu einer Verstärkung des internationalen Steuerwettbewerbs geführt. Zur Ausnutzung der internationalen Steuerarbitrage kann für forschende Unternehmen in

Deutschland ein Anreiz bestehen, ihre F&E-Aktivitäten ins Ausland zu verlagern. Den Vorteilen steuerlicher Innovationsförderungen im Ausland steht allerdings eine Besteuerung des Verlagerungsvorgangs durch den deutschen Fiskus gegenüber. In Bezug auf die Besteuerung von Funktionsverlagerungen regelt das Außensteuergesetz, dass diese grundsätzlich auf Basis einer Gesamtbewertung der verlagerten Funktion zu erfolgen hat. Infolge ihrer Stellung im Wertschöpfungsprozess und der damit einhergehenden Risikostruktur ergeben sich für die Bewertung und Besteuerung von F&E-Funktionen Besonderheiten, die einen Einfluss auf den Fremdvergleichspreis haben können. Die Zielsetzung der Arbeit besteht darin, auf der Grundlage eines entscheidungstheoretischen Forschungsansatzes die Besteuerungsdeterminanten für Outbound-Verlagerungen von F&E-Funktionen zu bestimmen und Tendenzaussagen über deren steuerliche Vorteilhaftigkeit am Beispiel einer Verlagerung in die Niederlande abzuleiten. Im Rahmen einer normdeskriptiven Analyse werden zunächst Besonderheiten im Zusammenhang mit der Anwendung der deutschen Verrechnungspreisgrundsätze auf die Verlagerung von F&E-Funktionen analysiert. Darauf aufbauend wird ein Verfahren zur Bewertung von F&E-Funktionen entwickelt. Auf Basis einer kasuistischen Veranlagungssimulation werden des Weiteren die Steuerwirkungen und deren Auswirkungen auf die steuerliche Vorteilhaftigkeit einer Outbound-Verlagerung von F&E-Funktionen in die Niederlande untersucht. Die Arbeit liefert ein tiefgründiges Verständnis für die Besteuerung der Verlagerung von F&E-Funktionen und richtet sich sowohl an die Unternehmens- und Beratungspraxis als auch an die Wissenschaft.

Reallokation von Funktionen in grenzüberschreitend tätigen Konzernen - Axel von Bredow 2011

Handbuch der steueroptimalen Unternehmensfinanzierung - Stefan Köhler 2017-09-18

Die Bandbreite der Finanzierungsinstrumente ist groß: von hybriden Finanzierungsformen über Eigenkapital bis hin zu den verschiedenen Arten der Fremdfinanzierung. Ebenso variantenreich sind dabei die steuerlichen Vorschriften. Indem das Handbuch die unterschiedlichen Finanzierungsformen mit den wesentlichen Steueraspekten verknüpft, hilft es Verantwortlichen, die richtige Entscheidung zu treffen. Hinweise zur Zinsschranke und gewerbesteuerlichen Hinzurechnung Fragen der Finanzierung in- und ausländischer Tochtergesellschaften steuerliche Aspekte der Unternehmensfinanzierung in der Krise und der Akquisitionsfinanzierung Alles unter Berücksichtigung der "BEPS"-Aktionspläne der OECD.

Die Zinsschranke - eine verfassungs-, europa- und abkommensrechtliche Würdigung - Markus München 2010

Die Vergabe überhöhter Darlehen der ausländischen Mutter- an ihre inländische Tochtergesellschaft zu überhöhtem Zinssatz stellte in der Vergangenheit ein beliebtes Steuersparmodell in internationalen Kapitalgesellschaftskonzernen dar. Während überhöhte Zinsen durch steuerliche Gewinnberichtigungs Vorschriften berichtet werden konnten, war die Korrektur eines unangemessenen Fremdkapital-Eigenkapital-Verhältnisses steuerlich kaum möglich. Da die Rechtsprechung unter Hinweis auf unternehmerische Finanzierungsfreiheit regelmäßig Rechtsmissbrauch ablehnte, schuf der Gesetzgeber § 8a KStG a.F., der bei überhöhten Gesellschafterdarlehen zur Annahme einer verdeckten Gewinnausschüttung und damit zu anteiligem Zinsabzugsverbot bei der inländischen Tochtergesellschaft führte. Der EuGH hielt diese Vorschrift für gemeinschaftswidrige Ausländerdiskriminierung, so dass der Gesetzgeber nach etlichen Verbesserungsversuchen schließlich im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 mit der sogenannten Zinsschranke eine stark erweiterte allgemein geltende Finanzierungsvorschrift mit

Zinsabzugsbeschränkungen schuf, die zugleich zu erhöhtem Steueraufkommen führte und der Gegenfinanzierung geplanter Steuerentlastungen diente. Diese Arbeit befasst sich mit dieser Zinsschranke und etwaigen verfassungs-, gemeinschafts- und abkommensrechtlichen Problemen.

Haftung gemäß § 30 OWiG für die Begehung unternehmensbezogener Straftaten im internationalen Konzern - Kira Hellemacher 2019-11-14

Thema der Untersuchung ist die praxisrelevante Frage nach der Existenz und Reichweite einer sanktionsrechtlichen Haftung im Konzern. Nach geltendem Recht ist sie anhand des § 30 OWiG zu beantworten und höchst umstritten. Schwerpunktmäßig behandelt werden die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Leitungspersonen für aktives Tun und Unterlassen, die Verantwortlichkeit nach § 130 OWiG und der transnationale Geltungsbereich des § 30 OWiG. Weitere Schwerpunkte bilden die rechtspolitischen Fragen nach der Begründbarkeit einer Durchgriffshaftung und einer Erweiterung des transnationalen Geltungsbereichs einer entsprechenden Sanktionsnorm. Vor dem Hintergrund gewonnener Erkenntnisse werden die in die Diskussion über eine Reform des Unternehmenssanktionsrechts eingebrachten Vorschläge in Bezug auf die sanktionsrechtliche Haftung im Konzern untersucht und eigene Vorschläge für eine sachgerechte Lösung unterbreitet.

Der Datenfluss im Automobilkonzern - Stephan Kristl

Geschäftsmodelle in der digitalen Ökonomie, die darauf angelegt sind, Gewinne aus der Nutzung von Daten zu erzielen, stellen die herrschenden Regeln der Gewinnbesteuerung vor besondere und neuartige Herausforderungen. Das fängt bereits bei der rechtlichen Zuordnung der Daten an, die wiederum für die Einordnung als steuerbilanzrechtliches Wirtschaftsgut von Bedeutung ist. Im internationalen Kontext ist entscheidend, wo die Wertschöpfung zu verorten ist und welchem Staat das Besteuerungsrecht deshalb zusteht. Hier setzt die Arbeit von Stephan Kristl an, indem der Datenfluss im Automobilkonzern steuerlich gewürdigt wird.

Umwandlungsbedingte Entstrickung - Sandra Müller-Thomczik 2015-06-22

Entstrickungstatbestände können bei einer grenzüberschreitenden Umstrukturierung zu einer erheblichen steuerlichen Belastung führen, wenn das deutsche Besteuerungsrecht an einem späteren Veräußerungsgewinn der zu übertragenden Wirtschaftsgüter ausgeschlossen oder beschränkt wird. Für die Steuerplanung einer Umwandlung ist es bei internationalen Bezügen somit zwingend erforderlich zu klären, in welchen Fällen es zu einer Verschlechterung des deutschen Besteuerungsrechts kommt. Dieser Frage widmet sich die vorliegende Arbeit. Hierzu werden zunächst die Gebiete des internationalen Steuerrechts analysiert, die die umwandlungsbedingte Entstrickung direkt oder indirekt beeinflussen. Dann werden diese Ergebnisse anhand ausgewählter Verschmelzungskonstellationen angewendet und es wird untersucht, inwieweit steuerliche Gestaltungsmaßnahmen zur Vermeidung der steuerlichen Belastung möglich sind. Darüber hinaus erfolgt neben einer kritischen Würdigung der relevanten Rechtsnormen aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine umfassende europarechtliche Prüfung.

Grundlagen des Transfer-Pricings für konzerninterne Dienstleistungserbringung: Eine Untersuchung der Grundlagen zwecks Implementierung eines Transfer-Pricing-Systems in einem Deutsch-Schweizer Konzern mit dem Schwerpunkt e-Commerce - Matthias Pohlann 2015-02-01

Die vorliegende Arbeit richtet sich an Unternehmen, welche durch erstmalige grenzüberschreitende Leistungsbeziehungen innerhalb eines Konzerns mit dem Thema Verrechnungspreise in Berührung kommen. Zielsetzung der Arbeit ist es daher, einen einführenden Überblick über die Grundlagen und Anwendung zur Verrechnungspreisbestimmung für konzerninterne

Dienstleistungen zu verschaffen. Ebenso sollen die umfangreichen Ermittlungs- und Dokumentationserfordernisse dargestellt werden. Im Einzelnen wird eine Unterscheidung dahin gehend vorgenommen, welche Dienstleistungen der Verrechnung unterliegen und welche nicht zwischen den verbundenen Unternehmen verrechnet werden dürfen. Ein weiteres Ziel stellt die Wahl der geeigneten Verrechnungsform dar, indem deren jeweilige Anwendbarkeit für konzerninterne Dienstleistungen aufgezeigt wird. Zur Berücksichtigung divergierender nationaler Verrechnungspreisvorschriften werden die vorgenannten Aspekte unter Berücksichtigung der Verrechnungspreisvorschriften Deutschlands und der Schweiz untersucht. Die Untersuchung Deutschlands ist aus Sicht eines inländischen Steuerpflichtigen naheliegend, wogegen die Auswahl der Schweiz in ihrer Eigenschaft als Niedrigsteuerland und der damit verbundenen Attraktivität für Konzernstrukturen begründet werden kann.

Konzernsteuerrecht - Wolfgang Kessler 2016-03

Möglichkeiten zur Vermeidung der Zinsabzugsbeschränkung nach § 8a KStG - Ruslana Pedchenko 2009-08-31

Inhaltsangabe: Einleitung: Mit der Unternehmenssteuerreform 2008 hat der Gesetzgeber die Zinsschranke eingeführt, durch die die Begrenzung des Abzuges von Fremdfinanzierungsaufwendungen neu gestaltet worden ist. Seitdem fallen alle Zinsaufwendungen eines Unternehmens unter die Zinsschrankenregelung, wobei bisherig geltende gesetzliche Vorschriften des § 8a KStG den Abzug der Finanzierungskosten für Kapitalgesellschaften nur auf Gesellschafterfremdfinanzierung einschränkt. Folgende Ziele sollen mit der Unternehmensteuerreform 2008 verwirklicht werden: - Erhöhung der Standortattraktivität Deutschlands; - Gestaltungsmöglichkeit für die Fremdkapitalkosten soll eingeschränkt sein; - generelle Finanzierungs- und Rechtsformneutralität; - Anstieg der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. So wird ab dem Veranlagungszeitraum 2008 die nominale Ertragssteuerbelastung auf Ebene der Körperschaften infolge des Gesetzes von 38,65 % auf 29, 825 % reduziert, da der Körperschaftsteuersatz von 25 % auf 15 % herabgesetzt und die Gewerbesteuermesszahl von 5 % auf einheitlich 3,5 % gesenkt worden ist. Als Gegenfinanzierungsmaßnahme wurde die Zinsschrankenregelung als Ersatz für die bisherige Gesellschafterfremdfinanzierung nach § 8a KStG a. F. eingeführt. Die Regelung der Zinsschranke erlaubt für alle Rechtsformen einen begrenzten Zinsabzug in Höhe von 30 % des Schuldzinsüberhangs zwischen Zinsertrag und Zinsaufwand (EBITDA). Die Zinsschranke findet generell keine Anwendung, wenn der Schuldzinsüberhang weniger als 1 Mio. EUR beträgt oder das Unternehmen nur anteilig oder gar nicht einem Konzern einzubeziehen ist. Des Weiteren darf keine schädliche Gesellschafterfremdfinanzierung vorliegen und die Eigenkapitalquote des Betriebes darf unter Berücksichtigung einer Toleranzgrenze nicht niedriger als die des Konzerns sein. Ziel der vorgelegten Bachelorarbeit ist es, die Gestaltungsmöglichkeiten für die steuerlichen Folgen der eingeführten Zinsschrankenregelung darzustellen. Gang der Untersuchung: Im Rahmen der Untersuchung wird auf die Tatbestände und die rechtliche Folgen eingegangen sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen der Zinsschranke aufgezeigt. Anschließend werden die Möglichkeiten zur kompletten Vermeidung der Zinsschrankenanwendung, Milderungsmaßnahmen und die mit der Praxis des § 8a KStG bestehenden Probleme geschildert. Die Vor- und Nachteile werden bei den Gestaltungsmöglichkeiten analysiert und gegenübergestellt. Weiterhin wird die Bedeutung der [...]

Dividenden im Internationalen Steuerrecht - Marie-Louise

Dietrich 2014-12-10

Für Zwecke der Strukturierung des Auslandsengagements stehen einer inländischen Unternehmung verschiedenste Möglichkeiten zur Verfügung. Die Errichtung bzw. Beteiligung an einer ausländischen Kapitalgesellschaft ist hierbei die am häufigsten gewählte Organisationsform, weshalb auch die Frage nach der Gewinnrepatriierung über (offene) Gewinnausschüttungen und Vergütungen für eigenkapitalähnliche hybride Finanzinstrumente steuerlich äußerst relevant ist. Die vorliegende Arbeit schließt die bis dato bestehende Forschungslücke, indem sie eine umfassende, systematische Analyse der diesbezüglichen Regelungen des deutschen Internationalen Steuerrechts vornimmt. Neben die Auswertung des Fachschrifttums, der Rechtsprechung und der Gesetzesmaterialien tritt die profunde Auseinandersetzung mit annähernd dreißig verschiedenen Doppelbesteuerungsabkommen. Darüber hinaus dürfte die Arbeit eine der ersten wissenschaftlichen Untersuchungen sein, die die im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2013 eingeführten relevanten Änderungen – etwa die Ausweitung des Korrespondenzprinzips in § 8b Abs. 1 S. 2-4 KStG oder die Steuerpflicht für Streubesitzdividenden nach § 8b Abs. 4 KStG – ausführlich untersucht. Anschaulich – auch anhand von Schaubildern und Fallbeispielen – werden die einzelnen uni- und bilateralen sowie supranationalen Regelungsbereiche nicht nur isoliert betrachtet, sondern vielmehr einer integrierten Analyse unterworfen und hierdurch einer gänzlich neuen Würdigung zugeführt. Bruchstellen werden identifiziert und darauf aufbauend die teils inkonsistenten Rechtsfolgen deutlich aufgezeigt. Neben der Freistellungs- werden auch die Anrechnungsmethode zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sowie die in der deutschen Abkommenspraxis bislang unbekanntes Vorbehalte für hybride Gesellschaften umfassend analysiert. Schließlich wird aufgezeigt, inwieweit legislativer Änderungsbedarf besteht.

Die Besteuerung nichtverhältnismäßiger Spaltungen von Kapitalgesellschaften - Benedikt Jasper 2023-06-15

Im Umwandlungssteuererlass 2011 hat die Finanzverwaltung erstmals zu den Rechtsfolgen nichtverhältnismäßiger Spaltungen mit intersubjektiven Wertverschiebungen Stellung bezogen. Bei der Besteuerung nichtverhältnismäßiger Spaltungen kommt es danach zu einem Zusammenspiel der spezialgesetzlichen des Normen des UmwStG und allgemeinen ertragsteuerlichen Grundsätzen (verdeckte Gewinnausschüttungen, verdeckte Einlagen, Entnahmen). Gleichwohl lässt sich konstatieren, dass die ertragsteuerliche Behandlung nichtverhältnismäßiger Spaltungen auch gegenwärtig weder abschließend geklärt, noch höchstrichterlich entschieden ist. Diese Arbeit untersucht die Besteuerung nichtverhältnismäßiger Spaltungen unter Berücksichtigung der §§ 11 - 13, 15 UmwStG und den von der herrschenden Auffassung für anwendbar gehaltenen allgemeinen steuerlichen Grundsätzen auf der Ebene der Anteilseigner des übertragenden Rechtsträgers.

Steueroptimale Gestaltung grenzüberschreitender M&A-Transaktionen - Daniela Hess 2015-12-10

Grenzüberschreitende Geschäftstätigkeiten bei Unternehmen werden im Zuge der Globalisierung und Internationalisierung immer mehr zur Normalität. Sie bieten für Käufer und Verkäufer wirtschaftlich große Chancen, die jedoch durch große Risiken begleitet werden. Eine frühzeitige und effiziente Strukturierung der M&A-Transaktion ist deshalb entscheidend. Bei Unternehmenskäufen bzw. -verkäufen beeinflussen steuerliche Fragestellungen sowohl die Bewertung des Kaufgegenstandes als auch die Strukturierung der Veräußerung. Deren Komplexität steigt aufgrund sich verändernder in- und ausländischer Rahmenbedingungen zunehmend. Die Steuerplanung im Rahmen von M&A-Transaktionen ist äußerst komplex und erfordert eine ganzheitliche Optimierung. Die vorliegende Arbeit analysiert systematisch die Besteuerung

grenzüberschreitender M&A-Transaktionen zwischen Deutschland und den USA und entwickelt ein gesamt einheitliches Konzept zur Steueroptimierung internationaler Unternehmenskäufe resp. -verkäufe. Es werden eine genaue Definition des Begriffs der M&A-Transaktion sowie die steuerlichen Motive für die Durchführung einer grenzüberschreitenden M&A-Transaktion herausgearbeitet. Aus den hieraus resultierenden Zielen werden Steuerplanungsüberlegungen mit Fokus auf grenzüberschreitende M&A-Transaktionen angestellt. Im Mittelpunkt steht die steueroptimale Gestaltung einer Akquisition sowohl aus Sicht des Erwerbers als auch des Veräußerers. Ausgehend von der Steuerplanung grenzüberschreitender M&A-Transaktionen, werden im Hinblick auf die beiden Länder Deutschland und USA die zu untersuchenden Fallkonstellationen gebildet. Das gesamt einheitliche Konzept zur Steueroptimierung internationaler Unternehmenskäufe resp. -verkäufe sowie die Belastungskonsequenzen der einzelnen Fallkonstellationen werden auf Basis des aufgestellten Zielsystems kritisch hinterfragt.

Die Konzernsteuerquote als Lenkungsinstrument im Rahmen des Risikomanagementsystems börsennotierter Muttergesellschaften

- Andreas Mammen 2010-12-29

Andreas Mammen entwickelt ein konzernsteuerquotenbasiertes Risikomanagementsystem zur Messung, Abbildung und Lenkung von Ertragsteuerwirkungen eines multinational agierenden Konzerns.

Neuausrichtung der deutschen Hinzurechnungsbesteuerung

- Benjamin Cortez 2013

Der Einfluss der EuGH-Rechtsprechung auf die deutsche Unternehmensbesteuerung

- Gregor J. Führich 2009-07-27

Gregor J. Führich zeigt in wichtigen Gebieten der internationalen Steuerplanung – Steueraufschub, Zinsabzug, Verlustverrechnung und stille Reserven – grundlegende Gestaltungsideen aus der Sicht eines deutschen Konzerns auf. Für diese Bereiche der Steuerplanung analysiert er die EuGH-Rechtsprechung und diskutiert, inwiefern diese Rechtsprechung dazu beiträgt, internationale Steuerplanung zu erleichtern oder zu begrenzen.

Gestaltung von Verrechnungspreisen mit immateriellen Wirtschaftsgütern

- Claudia Maria Koinzer 2013-12-02

□ Mit der Unternehmensteuerreform 2008 wurde für Funktionsverlagerungen ins Ausland erstmals eine eigenständige Regelung im Gesetz verankert. Statt einer Einzelbewertung der übertragenen Wirtschaftsgüter und erbrachten Leistungen muss nunmehr eine Gesamtbewertung erfolgen. Die neue Vorschrift wurde in Wissenschaft und Praxis heftig kritisiert. Der Gesetzgeber reagierte im Jahr 2010 mit einer weiteren Neuregelung, die es ermöglichen sollte, die Gesamtbewertung zu vermeiden und zur Einzelbewertung zurückzukehren (sog. Escape- bzw. Öffnungsklausel, § 1 Abs. 3 Satz 10 Halbsatz 2 AStG). Claudia Maria Koinzer untersucht, inwieweit die Öffnungsklausel in § 1 Abs. 3 Satz 10 Halbsatz 2 AStG Gestaltungspotential beinhaltet. Dazu nimmt die Autorin eine Auslegung der Vorschrift vor und zeigt mögliche Probleme bei der Inanspruchnahme auf. □

Management und Bilanzierung von Zinsschrankenrisiken

- Bernhard Liekenbrock 2011-03-23

Bernhard Liekenbrock wertet die bestehenden Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung der Zinsschranke systematisch aus, stellt Methoden zur Bewertung ihrer Steuerwirkungen bzw. Rechtsunsicherheiten vor und erörtert rechtssichere Gestaltungsinstrumente. Abschließend untersucht er die Erfolgswirkungen des drohenden Eingreifens der Zinsschranke und des Untergangs eines Zinsvortrags im HGB- und IFRS-Einzelabschluss.

Die Ertragsbesteuerung in der doppelstöckigen Personengesellschaft

- Felix Staaden 2018-03-13

Felix Staaden widmet sich den Besonderheiten der Ertragsbesteuerung doppelstöckiger

Personengesellschaften. Im Fokus seiner Untersuchung liegen die Verlustverrechnungsnorm des § 15a EStG und die Gewerbesteuerermäßigung des § 35 EStG hinsichtlich ihrer Anwendung sowie der (gemeinsamen) Auswirkungen auf die Steuerbelastung der Obergesellschafter. Zahlreiche Anwendungsfragen werden analysiert und einer Lösung zugeführt. Ebenso werden die hieraus resultierenden Steuerwirkungen untersucht und steuerplanerisch gewürdigt. Diesbezüglich werden auch mögliche Interessenkonflikte zwischen den Gesellschaftern bei der optimalen Steuerplanung aufgegriffen und mögliche Lösungen aufgezeigt. Dies geschieht sowohl formal als auch innerhalb einer Modellanalyse.

Steuerorientierte Rechtsformplanung mittels Thesaurierungsbegünstigung und Abgeltungsteuer

- Andreas Pfuhl 2014-06-25

Die Unternehmensteuerreform 2008 führte zu grundlegenden Änderungen bei der Rechtsformwahl und -optimierung. Auf der einen Seite wurde die Tarifbelastung für Kapitalgesellschaften deutlich gesenkt und auf Anteilseignerebene eine 25%ige Abgeltungsteuer eingeführt. Auf der anderen Seite schuf der Gesetzgeber für Personenunternehmen ein Wahlrecht, einbehaltene Gewinne einem 28,25%igen Sondertarif zu unterwerfen. Wird dieses Wahlrecht in Anspruch genommen, kommt es zum Zeitpunkt einer späteren Gewinnentnahme zu einer Nachversteuerung mit 25%. Damit ist diese sog. Thesaurierungsbegünstigung dem Besteuerungskonzept der Kapitalgesellschaften (und ihrer Anteilseigner) nachempfunden. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die Arbeit mit den Auswirkungen der

Thesaurierungsbegünstigung und der Abgeltungsteuer auf die steuerorientierte Rechtsformplanung. Gerade dieses neue "Zwillingspaar" weckt – nach Ansicht des Verfassers – das Interesse des (rechtsformoptimierenden) Steuerplaners, denn die Abgeltungsteuer tritt in vielen Situationen in Konkurrenz zur

Thesaurierungsbegünstigung. Dies gilt nicht nur für die Frage, in welcher Rechtsform ein Unternehmen betrieben wird, sondern beeinflusst vor allem auch die Gewinnverwendungsentscheidung. Darüber hinaus werfen beide Vorschriften (wechselseitige) steuerplanerische Fragen auf, die bisher noch keiner überzeugenden Lösung zugeführt wurden. Im Sinne eines „steuerrechtlich fundierten, betriebswirtschaftlichen Ansatzes“ nimmt sich die Arbeit daher zum Ziel, den Einfluss der Thesaurierungsbegünstigung und der Abgeltungsteuer auf die steuerorientierte Rechtsformplanung zu identifizieren, zu qualifizieren, zu quantifizieren und empirisch zu überprüfen. Im Besonderen wird nachgewiesen, dass es mittels beider Normen möglich ist, die steuerliche Position einer Personen- bzw. Kapitalgesellschaft zu optimieren, es hierzu aber einer strategischen Steuerplanung bedarf.

Der Einfluss der Ergänzungsbilanz auf den Unternehmenswert der Personengesellschaft

- Irg Müller 2014-01-20

Trotz der enormen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Personengesellschaft widmen sich aktuell diskutierte Fragen der Unternehmensbewertung vorrangig der Kapitalgesellschaft. Die Besteuerungssysteme der beiden Rechtsformen differieren jedoch grundlegend. Durch die Bildung einer steuerlichen Ergänzungsbilanz gelingt es dem Gesellschafter der Personengesellschaft im Gegensatz zu demjenigen der Kapitalgesellschaft, die im Kaufpreis vergüteten stillen Reserven abzuschreiben und in der Zukunft zur Steuerminderung bzw. -stundung zu nutzen. An diesen rechtsformspezifischen Vorteil der Personengesellschaft knüpft die vorliegende Arbeit an und untersucht, ob die steuerlichen Auswirkungen der Ergänzungsbilanz den Unternehmenswert der Personengesellschaft beeinflussen. Die hierzu vorgenommene Untersuchung ist bewusst umfassend konzipiert. Nach Darstellung der Grundlagen des Steuerrechts und der Bewertungslehre wird daher zunächst

die Frage erörtert, ob ein Einfluss „dem Grund nach“ gegeben ist. Für die Fälle, in denen ein solcher Einfluss existiert, wird anschließend geklärt, in welchem Ausmaß dieser den Unternehmenswert der Personengesellschaft beeinflusst. Zur Einbeziehung in das investitionstheoretische Bewertungskalkül und zur Bestimmung des Einflusses „der Höhe nach“ werden unterschiedliche Wege aufgezeigt. Hierbei wird deutlich, dass die Höhe des ergänzungsbilanzbedingten Steuervorteils von einer Reihe unterschiedlicher Werttreiber abhängig ist. Der Frage, in welchem Ausmaß einzelne Werttreiber in Abhängigkeit von ihrer individuellen Ausprägung für die Höhe des Einflusses ursächlich sind, wird in einer Sensitivitätsanalyse nachgegangen.

Grenzüberschreitende Einflussnahme im Konzern -

Maximilian Lotz 2020-04-24

Trotz wachsender Relevanz grenzüberschreitender Unternehmensgruppen hat der rechtspolitische und rechtswissenschaftliche Diskurs bislang nur zu punktuellen Harmonisierungsansätzen in der Europäischen Union im Bereich des Konzernrechts geführt. Maximilian Lotz untersucht und bewertet bestehende konzernrechtliche Regelungen und Grundsätze des deutschen Konzernrechts im Rechtsvergleich mit französischen und US-amerikanischen Grundsätzen. Er befasst sich hierbei insbesondere mit den materiellen Grenzen zulässiger Einflussnahmen von Muttergesellschaften auf ihre Tochtergesellschaften sowie mit den hiermit korrespondierenden Kontroll- und Haftungsmechanismen. Dabei finden auch die Regelungen der reformierten Aktionärsrechte-Richtlinie zu sogenannten Related-Party-Transactions und ihre Umsetzung in das deutsche Recht besondere Berücksichtigung. Abschließend präsentiert der Autor Leitlinien für eine optimale Ausgestaltung konzernrechtlicher Regelungen in diesen Bereichen und evaluiert die Perspektiven für eine weitergehende Harmonisierung des Konzernrechts auf europäischer Ebene.

Ausschüttungssperren in der Organschaft - Julian M.

Egelhof 2020-04-24

Die ertragsteuerliche Organschaft (14 KStG) setzt die Abführung des ganzen Ergebnisses der Organgesellschaft an den Organträger voraus. Dabei müssen die

gesellschaftsrechtlichen Grenzen von Gewinnabführung (301 AktG) und Verlustausgleich (302 AktG) im Vertragskonzern eingehalten werden. Indes ist im Einzelnen ungeklärt, welche Ausschüttungssperren bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages zugleich Auswirkungen auf den Höchstbetrag der Gewinnabführung und ggf. auch die Verlustausgleichspflicht zeitigen. Julian M. Egelhof widmet sich dieser Frage und untersucht daraufhin die Steuerrechtsfolgen insoweit fehlerhafter Ergebnisabführung. Das dogmatisch komplexe Problem kann bereits de lege lata einer praxisgerechten Lösung zugeführt werden. Überdies gewinnt der Autor aus den Ergebnissen einen Regelungsvorschlag de lege ferenda, der zu einem geschlossenen System der Ausschüttungs- und Abführungssperren in Konzernrecht und Konzernbesteuerung führt.

Qualifikationskonflikte im Internationalen Steuerrecht -

Diana Beck 2017-03-20

Diana Beck beschäftigt sich mit Qualifikationskonflikten, die sich durch Auslegung und Anwendung der Doppelbesteuerungsabkommen ergeben. Die Autorin systematisiert diese Qualifikationskonflikte und zeigt die Folgen auf, welche sich in einer nicht verhinderten Doppelbesteuerung oder in einer Minderbesteuerung konkretisieren. Schließlich entwickelt sie Lösungsvorschläge, um diesen Besteuerungsfolgen entgegenzuwirken.

Konzernsteuerrecht - 2008

Anti-Treaty-Shopping-Regelungen - Judith Scholz 2011

Gewinnaufteilung im internationalen Einheitsunternehmen

- Johannes Zausig 2015-12-16

Die vorliegende Arbeit analysiert, ob sich aus steuerlicher Sicht die Zwischenschaltung einer ausländischen Betriebsstätte, die Finanzanlagen verwaltet bzw. als Financier des Einheitsunternehmens agiert, als Sachverhaltsgestaltung eignet. Es wird gezeigt, dass die zwischenstaatliche Gewinnaufteilung im internationalen Einheitsunternehmen durch die Zwischenschaltung einer derartigen Finanzierungsbetriebsstätte gezielt beeinflusst werden kann. In die Untersuchung werden auch die steuerrechtlichen Grenzen der jeweiligen Sachverhaltsgestaltung einbezogen.